

Vorlage Nr.: **2022/2085**
Verantwortlich: **Dez. 3**
Dienststelle: **SJB**

Projekt Luise – Evaluation Mobile medizinische Versorgung

Beratungsfolge dieser Vorlage

Gremium	Termin	TOP	ö	nö	Ergebnis
Sozialausschuss	16.11.2022	7	x		vorberaten
Gemeinderat	20.12.2022	24	x		

Beschlussantrag

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung des Zuschusses an den Träger Diakonie Karlsruhe für die Mobile medizinische Versorgung des Projekts Luise für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 10.050 Euro.
Im Haushaltsjahr 2023 bleibt der Sperrvermerk erhalten, bis das Konzept für die Zukunft erarbeitet ist.

Finanzielle Auswirkungen	Ja <input checked="" type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/>	
<input type="checkbox"/> Investition <input checked="" type="checkbox"/> Konsumtive Maßnahme	Gesamtkosten: 2022: 10.050 € 2023: 10.050 € Jährliche/r Budgetbedarf/Folgekosten:	Gesamteinzahlung: Jährlicher Ertrag:
Finanzierung <input checked="" type="checkbox"/> bereits vollständig budgetiert <input type="checkbox"/> teilweise budgetiert <input type="checkbox"/> nicht budgetiert	Gegenfinanzierung durch <input type="checkbox"/> Mehrerträge/-einzahlung <input type="checkbox"/> Wegfall bestehender Aufgaben <input type="checkbox"/> Umschichtung innerhalb des Dezernates	Die Gegenfinanzierung ist im Erläuterungsteil dargestellt.
CO ₂ -Relevanz: Auswirkung auf den Klimaschutz Bei Ja: Begründung Optimierung (im Text ergänzende Erläuterungen)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	positiv <input type="checkbox"/> negativ <input type="checkbox"/> geringfügig <input type="checkbox"/> erheblich <input type="checkbox"/>
IQ-relevant	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	Korridorsthema:
Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO)	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	durchgeführt am
Abstimmung mit städtischen Gesellschaften	Nein <input checked="" type="checkbox"/> Ja <input type="checkbox"/>	abgestimmt mit

Ergänzende Erläuterungen

Seit Anfang 2021 führt die Beratungsstelle Luise in Kooperation mit dem Deutschen Roten Kreuz (DRK) und einer Frauenärztin das Projekt Mobile medizinische Versorgung durch. Der Gemeinderat hat die Finanzierung dieses Projektes für die Geltungsdauer des Doppelhaushaltes 2022/2023 mit Sperrvermerk bewilligt.

Voraussetzungen für die Aufhebung des Sperrvermerks sind demnach ein Konzept sowie eine Evaluation rechtzeitig vor Ende der Bezuschussung.

Da das Projekt bereits angelaufen ist, konnte der Trägerverein einen Evaluationsbericht 2021/2022 vorlegen.

Dieser Bericht der Beratungsstelle Luise (s. Anlage) enthält Aufbau, Durchführung und erste Statistiken:

Die Mobile medizinische Versorgung ist eine ärztliche Sprechstunde, die zweimal monatlich in einem Rettungswagen des DRK auf dem Straßenstrich und in der Nähe der Prostitutionsstätten stattfindet. Begleitet wird die Sprechstunde von den Mitarbeiterinnen der Beratungsstelle Luise. Sie informieren die Prostituierten über das Angebot, vereinbaren die Termine, stehen beratend zur Seite und dolmetschen bei Bedarf. So erhalten Prostituierte, die keinen Zugang zu einer Krankenversicherung haben, einen niedrighschwelligen Zugang zu einer gesundheitlichen Versorgung. Dieses Angebot wird von den Betroffenen dankbar angenommen. Hilfe, Unterstützung und Wertschätzung ist für sie so unmittelbar spürbar. Das stärkt das Vertrauen ins Hilfesystem und ermöglicht oft weitere Perspektiven und Möglichkeiten in der Beratungsarbeit. Der vorliegende Bericht zeigt, dass in kurzer Zeit viele Frauen (103) erreicht wurden und damit ein hilfreiches und niedrighschwelliges Angebot entstanden ist, das gut angenommen wird.

Für die Verwaltung besteht jedoch noch Klärungsbedarf mit dem Träger: Die Mobile medizinische Versorgung darf der Integration der betroffenen Frauen ins reguläre Hilfesystem nicht entgegenwirken oder diese ersetzen. Es muss das Beratungsziel bleiben, die Frauen zu unterstützen, den Weg ins bestehende, reguläre Hilfesystem zu finden. Nur so ist die Integration und gesellschaftliche Teilhabe der betroffenen Personengruppe gewährleistet.

Da der Gemeinderat darüber hinaus ein Konzept für die Zukunft eingefordert und die Förderung dieses Angebots nur für zwei Jahre angesetzt hat (siehe oben), soll nun im verbleibenden zweiten Jahr gemeinsam mit dem Träger und den Beteiligten aus der Fachgruppe Prostituiertenschutzgesetz (Gleichstellungsbüro, Ordnungsamt, Gesundheitsamt, AG Rotlicht der Polizei) an einer zukünftigen Lösung gearbeitet werden.

Da bisher nur ein Kriterium, die Evaluation, zur Aufhebung des Sperrvermerks erfüllt ist, schlägt die Verwaltung vor, für das Jahr 2022 den Sperrvermerk aufzuheben und den Zuschuss von 10.050 Euro an den Träger auszuzahlen. Der Zuschuss für das Jahr 2023 wird ausbezahlt, wenn das zweite Kriterium, ein Konzept für die Zukunft, vorliegt.

Beschluss:

Antrag an den Gemeinderat

Der Gemeinderat beschließt nach Vorberatung im Sozialausschuss die Aufhebung des Sperrvermerks zur Auszahlung des Zuschusses an den Träger Diakonie Karlsruhe für die Mobile medizinische Versorgung des Projekts Luise für das Haushaltsjahr 2022 in Höhe von 10.050 Euro.

Im Haushaltsjahr 2023 bleibt der Sperrvermerk erhalten, bis das Konzept für die Zukunft erarbeitet ist.